

Universität Marburg plädiert für aktive Rolle der Hochschulen in der Flüchtlingsdebatte

Der Senat und das Präsidium der Philipps-Universität Marburg haben in der Senatssitzung am 16. März einstimmig eine Erklärung zur Verantwortung der Hochschulen in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion über Migration und Flucht verabschiedet. Beschlossen wurde auch, am 15. Juni 2016 einen Dies Academicus zu diesem Themenfeld zu veranstalten.

Die Präsidentin der Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Katharina Krause, freut sich, dass die Erklärung in einem breiten Konsens von allen im Senat vertretenen Statusgruppen verabschiedet wurde. „Wir engagieren uns nicht nur für die Integration von Geflüchteten, sondern befassen uns in der Universität auch vertieft mit der politischen und gesellschaftlichen Diskussion zu Migration und Flucht“, erklärt Krause. „Mit dem Dies Academicus wollen wir die Universitätsmitglieder und die Öffentlichkeit einladen, die vielen Facetten und Herausforderungen dieses Themas zu reflektieren.“

Die Erklärung des Senats und des Präsidiums der Philipps-Universität Marburg im Wortlaut:

Aufklärung – Die Verantwortung der Hochschulen in der Diskussion um Migration und Flucht

Hochschulen sind Orte kritischer Reflexion und zugleich Bildungseinrichtungen für Menschen mit dem Streben nach anspruchsvollen gesellschaftlichen Aufgaben. Sie sind deshalb in besonderem Maße aufgerufen, sich aktiv und öffentlich wahrnehmbar mit aktuellen Fragen auseinanderzusetzen. Diese Fragen sind dadurch begründet, dass Krieg, Verfolgung und Gewalt akut Millionen von Menschen dazu getrieben haben, aus ihren Heimatländern zu fliehen und unter großen Entbehrungen und Risiken Wege zu suchen, um für sich selbst und ihre Familien annehmbare neue Lebensperspektiven zu finden.

Wir sind bestürzt, dass im bundesdeutschen und im europäischen politischen Diskurs mit beängstigender Geschwindigkeit das Verständnis für die Situation der Flüchtenden durch eine Sichtweise ersetzt worden ist, in der Flüchtende ebenso wie Migrantinnen und Migranten vorwiegend als eine Bedrohung wahrgenommen werden. Wir sind beunruhigt über die Radikalisierung politischer Auseinandersetzungen, die inzwischen auch die Hochschulen erreicht. Sie gefährdet die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Deshalb müssen die deutschen Hochschulen deutlicher als bisher die wichtigen gesellschaftlichen Fragen sowohl universitätsweit als auch in der Öffentlichkeit thematisieren und sich insbesondere einem Verhalten entgegenstellen, in dem Ängste und Hass geschürt und Andersdenkende diskreditiert werden. Es ist auch die Aufgabe von Hochschulen, solcher Blickverengung und Intoleranz im Denken und Handeln entgegenzuwirken. Demokratie braucht Aufklärung – und Hochschulen, die ihre Funktion als Institutionen der Aufklärung aktiv wahrnehmen!

Kontakt

Die Präsidentin der Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Katharina Krause
[E-Mail](#)

Zuletzt aktualisiert: 17.03.2016 · Andrea Ruppel

Philipps-Universität Marburg, Biegenstraße 10, 35032 Marburg
Tel. +49 6421 28-26118, Fax +49 6421 28-28903, [E-Mail](#)

URL dieser Seite: http://www.uni-marburg.de/aktuelles/news/2016a/erklaerungmigrationundflucht/html2pdf_form